Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

10.1.1864 (No. 8)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 10. Januar.

Nr. 8.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Telegramme.

Dresden, 8. Jan. Das „Dresden. Journ." versichert offiziell, die Mittheilung der „Konst. Oesterr. Ztg.", daß die sächsische Regierung den Großmächten erklärt habe, man möge den Bundesbeschluß wegen der Erbfolge-Frage einstweilen auf Holstein beschränken, man möge die Mittelstaaten vorgehen lassen ꝛc. — sei vollständig erfunden.

† **Berlin**, 9. Jan. Gestern Abend hielt der Budgetausschuß eine Sitzung, worin sich eine Debatte über den Staatsschatz erhob. Die Regierung bestritt nachdrücklich das Kontrolrecht des Hauses. Der König — als Repräsentant des Staates — verwalte das Staatsvermögen, und die Verfassung kenne keine Kontrole. Der Ausschuß beschloß den Antrag: Das Haus solle die Regierung zu dem speziellen Nachweis über den Staatsschatz auffordern, und bis dieser erfolgt sei, die Decharge der Rechnungen für 1859, 60 und 61 verweigern.

△ **Berlin**, 9. Jan. Sitzung des Anlehens-Ausschusses. Die Regierungsvorlage wegen eines Anlehens von 12 Millionen wurde von dem Ausschuß einstimmig abgelehnt. Alle Amendements verworfen. Berichterstatter Forkenbeck.

△ **London**, 9. Jan. Die „Times" hält einen Feldzug in Schleswig für beinahe gewiß. Zur Unterstützung der englischen Diplomatie und zum Schutz der englischen Interessen (!) werde die Kanalflotte hinaufsegeln. England sympathisire mit Dänemark, aber Sympathie und Einmischung seien verschiedene Dinge. Das Parlament werde gewiß jede den Frieden erhaltende und die Ehre wahrende Regierungspolitik gutheißen. Das Parlament ist auf den 4. Febr. einberufen.

Die Prinzessin von Wales ist mit einem gesunden Knaben niedergekommen.

Triest, 8. Jan. (W. T.-B.) Die Ueberlandpost bringt Nachrichten aus Hongkong vom 14. Nov. v. J. In einer am 26. Okt. zu Yeddo abgehaltenen Konferenz der Gesandten erklärte die japanesische Regierung, den Fremden den Hafen von Kanagawa verschließen und dieselben auf Nagasaki und Hakodati beschränken zu wollen. Der brittische Gesandte protestirte energisch dagegen.

Bucharest, 7. Jan. (W. T.-B.) Fürst Kusa hat das Gesetz über Säkularisirung der Klostergüter sanktionirt.

Deutschland.

Karlsruhe, 9. Jan. Die „Wiener Zeitung" weiß andern Blättern nachzuerzählen, daß der großh. Gesandte am kaiserl. Hofe sich in der Umgebung des Herzogs von Schleswig-Holstein in Kiel aufhalte.

Diese Unterstellung ist unbegründet. Frhr. v. Edelsheim ist nicht in Holstein gewesen und hat Se. Hoheit den Herzog, seit derselbe den vaterländischen Boden betreten, nicht begleitet.

Frankfurt, 8. Jan. Dem offiziellen Bericht über die gestrige Bundestagssitzung entnehmen wir Folgendes:

Präsidium gab Kenntniß von einer Note des kön. großbritannischen Gesandten vom 2. d. M., womit derselbe eine an ihn vom Grafen Russell erlassene Depesche vom 31. v. M. mittheilt. In dieser Depesche wird das Verlangen, daß eine Konferenz der Mächte, welche den Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 unterzeichnet haben, mit einem Bevollmächtigten der deutschen Bundesversammlung in London oder Paris niedergesetzt werde, um die Differenzen zwischen Deutschland und Dänemark zu verhandeln und daß, bis diese Konferenz ihre Arbeiten beendigt habe, der Status quo aufrecht erhalten werde, zu begründen versucht, und es ward beschlossen, diese Mittheilung an den betreffenden Ausschuß zu verweisen.

Berichte der Bundeskommissäre, welche die Herzogthümer Holstein und Lauenburg Namens des Bundes in Verwaltung genommen haben, und des Höchstkommandirenden der dortigen Bundestruppen veranlaßten Verhandlungen und Entschließungen der Bundesversammlung.

× **Frankfurt**, 8. Jan. Aus bester Quelle können wir in Nachstehendem den Hauptinhalt der in der gestrigen Bundestags-Sitzung überreichten englischen Note vom 31. Dez., welche übrigens an sämmtliche Unterzeichner des Londoner Protokolls gerichtet ist, wiedergeben. Der Ideengang ist folgender:

Nach dem Tode Friedrich's VII. von Dänemark sei Christian IX. von England, Frankreich, Rußland und Schweden unbedenklich als Herzog von Schleswig-Holstein anerkannt, und auch im Lande selbst trotz der Agitation weniger Beamten und Professoren als der rechtmäßige Herrscher anerkannt worden. Nur Oesterreich und Preußen, obwohl Mitunterzeichner des Londoner Traktats, hätten mit ihrer Anerkennung gezögert, diese vielmehr von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig gemacht. Aber selbst wenn der König von Dänemark diese Bedingungen nicht erfülle, habe seine Anerkennung zu erfolgen (!). Nach einer wohlwollenden Kritik der vom dänischen Minister Hall beim englischen Kabinet gemachten Vorstellungen, welche die fortgesetzte Nachgiebigkeit Dänemarks gegen die stets weitergehenden Angriffe Deutschlands darzuthun suchen, kommt die Note zu dem Schluß, daß die Hauptthindernisse der Lösung der schleswig-holsteinischen Frage in der Inkorporation Schleswigs und der jetzigen Haltung Deutschlands lägen. Gegenüber diesen Schwierigkeiten, die sich jedoch durch den guten Willen Christians IX., der ja ein Deutscher sei, minderten, sieht England das einzige Heil in einem in London oder Paris abzuhaltenden Kongreß der Vertragsunterzeichner mit Hinzuziehung eines Vertreters des Bundes, und zwar dringt England auf solche Konferenzen, ehe durch blutige Konflikte ein Streit entstanden sei, von dem man nicht wissen könne, welche Ausdehnung er nehmen und welche Gelüste er hervorrufen werde.

München, 5. Jan. In dem mehrerwähnten Artikel des Organs der bayrischen Regierung, der „Bayer. Ztg.", gegen die insolenten Angriffe der „Kreuz-Ztg." auf die Mittelstaaten heißt es u. A.:

Nichts ist ungerechter, als der von der „Kreuzzeitung" den Mittelstaaten gemachte Vorwurf der Großmachtspolitik. Großmachtspolitik zu treiben, überlassen wir willig den beiden deutschen Großmächten; aber ihre Großmachtspolitik muß eine deutsche sein, nicht vorzugsweise bestimmt durch Rücksichten auf auswärtige Mächte und durch Eingebungen einer schwankenden Kabinetspolitik.

Wenn wir eine Antwort geben sollen bezüglich des Gewinns, den der Deutsche Bund bisher von seinen Großmächten geerntet, so fällt es uns schwer, nicht bitter zu werden, wenn wir sowohl an das innere Bundesleben seit den Karlsbader Tagen, als auch an die Bundesthätigkeit nach außen seit dem offenen dänischen Briefe von 1846 zurückdenken. Immer war doch Deutschland, das deutsche Nationalitäts- und Freiheitsgefühl im Lager der Mittelstaaten in der ganzen Zeit, seitdem der Bund von 1815 besteht, und wir konstatiren mit tiefem Bedauern die Wahrheit, daß leider, so oft die beiden deutschen Großmächte sich verbunden zeigten, der Deutsche Bund am wenigsten Gewinn davon gezogen hat. — Daß die Mannigfaltigkeit des deutschen Nationallebens in Berlin als eine Unbequemlichkeit angesehen wird, dies naive Geständniß der „Kreuzzeitung" begreifen wir, und wir glauben dem Organ der Feudalen gerne, daß sie es lieber sähe, wenn gleich auch das ganze übrige Deutschland nach der jetzigen konstitutionellen Schablone Preußens regulirt wäre.

Das nicht-österreichisch-preußische Deutschland wird sich übrigens auf seinem bundesgemäßen Wege kaum beirren lassen. Wenn die zunächst berufenen Führer Deutschlands zaudernd am Scheideweg stehen, so ist es Pflicht der andern deutschen Staaten, in einer so nationalen Angelegenheit um so entschiedener ihre Schuldigkeit zu thun und zu verhüten, daß die große Bewegung und reine Begeisterung des Volks nicht in eine allen deutschen Fürsten und Regierungen verderbliche Richtung umschlage. Metternich sagte auf dem Wiener Kongreß: Oesterreich und Preußen sind nicht nur Mitglieder des Deutschen Bundes, sie sind zugleich dessen Alliirte. Wohlan, es gilt. Mögen sie es zeigen! Mögen sie Deutschlands Alliirte wieder ganz und mit allen Kräften sein! Mögen sie zurücktreten aus den Windungen eines imperfekten Vertrags zum klaren deutschen Bundesrecht!

München, 5. Jan. Die Nachricht der „Allg. Ztg.", daß an der Eisenbahnstrecke von Nürnberg bis Lichtenfels ein Armeekorps von 30,000 Mann staffelförmig aufgestellt werden soll, hört die „Augsb. Postztg." mit dem Beifügen bestätigen, daß bereits von jeder Division eine Brigade zu jenen Kantonnirungen bestimmt sei. Damit hängt jedenfalls auch die Angabe der „Fränk. Ztg." zusammen, daß die Garnison in Ansbach Marschbereitschafts-Befehl erhalten habe.

München, 7. Jan. Der Ausschuß des hiesigen Hilfsvereins hat eine dritte Geldsendung im Betrag von 2500 fl. nach Gotha abgehen lassen, zu welchem Verfahren die verschiedenen, in dem Ausschuß vertretenen Parteien „aus Utilitätsrücksichten bis auf weiteres" sich geeinigt haben. Im Ganzen sind bis jetzt 6500 fl. durch den Münchener Hilfsverein an die Kasse des Herzogs Friedrich gelangt.

München, 7. Jan. (Bayr. B.) Der schon mitgetheilte Antrag des Ausschusses des hiesigen großdeutschen Vereins (s. Nr. 5) veranlaßte in der heute Abend stattgehabten Generalversammlung des Vereins eine lange Debatte, in deren Verlauf u. A. Prof. Dr. Pözl interessante Aufschlüsse über die Versammlung der Abgeordneten in Frankfurt gab. Nach mehrfachen Abänderungsvorschlägen einigte man sich schließlich zu nachstehender Resolution:

In voller Uebereinstimmung mit dem in der schleswig-holsteinischen Sache am 21. v. M. von beinahe 500 Mitgliedern der Landesvertretungen mit erhebender Einmüthigkeit in erster Linie gefaßten Beschluß, erkennt der großdeutsche Reformverein in München zur Erreichung des durch diesen Beschluß angestrebten Ziels jedes — auch das größte Opfer als heilige Pflicht. Gegenüber der Haltung der deutschen Großstaaten, welche von der immensen Majorität des deutschen Volks als Preisgebung der Rechte und der Ehre Deutschlands empfunden wird, anerkennen wir freudig die echt deutschen Bestrebungen der bayrischen Regierung und ihrer gleichgesinnten Bundesgenossen und sprechen die Erwartung aus, daß dieselben Deutschlands Rechte und Deutschlands Ehre auch fortan kräftig schirmen und insbesondere der Verweisung der schleswig-holsteinischen Frage vor eine Konferenz mit außerdeutschen Mächten mit Entschiedenheit entgegentreten werden. Im Hinblick auf die unermeßliche Bedeutung der gegenwärtigen Verhältnisse unterläßt der Verein eine Beschlußfassung bezüglich der übrigen Ausschußanträge, spricht jedoch wiederholt aus, daß das Verlangen nach Schaffung einer deutschen Volksvertretung zu den wesentlichsten Theilen seines Programms gehört und Grundlage seiner bisherigen Thätigkeit ist. [Vom Ausschußantrag ist hiernach der erste Satz unverändert beibehalten, die auf Zustimmung zum Lerchenfeld-Hegnenberg'schen Protest und auf Verweisung jeglicher Uebergriffe gerichteten anderen Sätze beseitigt worden.]

Diese Resolution fand die Zustimmung sämmtlicher Anwesenden mit Ausnahme des Hrn. v. Dallarmi, welcher für unveränderte Annahme des ganzen Ausschußantrags sich ausgesprochen hatte. Die Versammlung dauerte bis Nachts 12 Uhr.

Die „Neuest. Nachr." wollen „mit ziemlicher Bestimmtheit" wissen, daß die Anwesenheit des schleswig-holsteinischen Oberleutnants Lunden in München vorzugsweise die Ueberlassung der vom Kriegsminister Lüder 1859 angekauften, seiner Zeit vielbesprochenen, niemals in Gebrauch gekommenen Miniégewehre betroffen habe.

Darmstadt, 7. Jan. (Südd. Ztg.) Heute Abend wurde hier eine zweite Volksversammlung in der schleswig-holsteinischen Sache abgehalten, die etwa von 1000 Personen besucht war. K. J. Hoffmann II. erstattete Bericht über die bisherige Thätigkeit des Komitee's. Bezüglich der Einübungen von Freiwilligen steht zu erwarten, daß das Kriegsministerium alte Gewehre zu den Uebungen herleiht. Namens des Komitee's schlägt der Redner sodann vor und begründet folgende zwei Resolutionen: „1) Die Entschiedenheit, mit welcher die Regierung Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs für das ganze Recht Schleswig-Holsteins und seines rechtmäßigen Herzogs vorgeht, verdient die volle Anerkennung des Landes; 2) gegenüber den übermüthigen Drohungen des Auslandes und der verderblichen Politik der deutschen Großmächte ist das hessische Volk bereit, die großh. Regierung mit allen Kräften zu unterstützen und alle Opfer zu bringen, welche die Sache Schleswig-Holsteins von ihm fordern kann." Beide wurden ohne Diskussion einstimmig angenommen. Metz schlug hierauf Namens des Komitee's noch folgende weitere Resolution vor: „Die zahlreichen, insbesondere auch hessischen Geistlichen, welche ihren Amtsbrüdern in Schleswig-Holstein die Billigung ihres Verhaltens und den Antheil an ihrer Sache bezeigt haben, verdienen den Dank des Vaterlandes", die ebenfalls einstimmig und ohne Diskussion angenommen wird.

Gotha, 6. Jan. Die „Allg. Ztg." veröffentlicht den Wortlaut der vom thüringischen Provinzial-Hilfsverein für Schleswig-Holstein erlassenen vorläufigen Instruktion für Die, welche zum Eintritt in ein zu bildendes schleswig-holsteinisches Heer sich melden. Diese hier so eben erlassene Instruktion besagt Folgendes:

1) Die sich Meldenden sind darauf hinzuweisen, daß sie mit ihrer Anmeldung, beziehentlich mit dem Eintritt in das schleswig-holsteinische Heer große und ernste Pflichten übernehmen. 2) Sie verpflichten sich für die Dauer des Kriegs gegen Dänemark zur Befreiung der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu dienen. 3) Sie treten ein nicht in ungeordnete Freischaren oder Freikorps, sondern in reguläre Truppenkörper mit strenger Disziplin und üblichem taktischen Militärverband. Den Organisations- wie allen übrigen Bestimmungen des schleswig-holsteinischen Armeekommando's, namentlich auch den Kriegsgesetzen, haben sie sich mit ihrem Eintritt zu unterwerfen. 4) Beim ersten Aufruf des Vororts für den Provinzial-Hilfsverein Thüringen haben sie sich zum Abgang an den ihnen zu bezeichnenden Bestimmungsort bereit zu halten. 5) Diejenigen, welche sich aus eigenen Mitteln ausrüsten, haben sich den allgemeinen Bestimmungen für die Ausrüstung zu unterwerfen. Es werden hierzu Muster zu den Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken vorgelegt werden. 6) Sobald je 108 Mann zum Eintritt sich gemeldet haben, wählen dieselben fünf Unteroffiziere und bringen einen zu wählenden Führer in Vorschlag. Der Vorort, nach Anhörung der betreffenden Lokalkomitees, entscheidet über die Wahl des Führers. Ueber die militärische Charge des Führers wird erst bei der definitiven Bildung am Bestimmungsort entschieden. Dem Militärkommando wird die Ernennung und Anstellung der Offiziere, das Einfügen der Kompagnien und Bataillone in die Heerordnung vorbehalten. 7) Noch vor dem Aufbruch erfährt jeder Angemeldete, unter welche Abtheilung er gehört. Dabei wird darauf geachtet werden, daß die landschaftliche Verbindung so viel als möglich gewahrt wird. 8) Es wird dafür gesorgt, daß die Freiwilligen nicht gegen ihren Willen zum Dienst als Offiziersbursche und nicht zu Sanitätstruppen kommandirt werden.

Diese Instruktion, welche im Einvernehmen mit dem schleswig-holsteinischen Kriegsdepartement dahier entworfen wurde, dürfte anderer Orten bei Entwürfen als Vorbild dienen.

Leipzig, 7. Jan. Die offiziöse „Leipzig. Ztg." bezeichnet den österreichisch-preußischen Antrag auf Besetzung Schleswigs als einen „verdeckten Behelf", als eine pikante Form, den Londoner Vertrag aufrecht zu erhalten. Die Mittelstaaten würden sich aber durch diese „Lockmittel" so wenig als durch die „grobplumpen Drohungen" Englands in ihrer Haltung beirren lassen.

Hannover, 5. Jan. Auf eine von dem hannoverschen Oberkommando in Holstein hier eingegangene Requisition mußten gestern in der Pionierkaserne vier Schanzwagen mit völliger Ausrüstung an Spaten, Hacken, Aexten und Allem, was sonst zu Schanzarbeiten nöthig ist, eiligst ausgerüstet werden, und sind dieselben noch gestern Abend nach Harburg gesandt, um von dort dem hannoverschen Exekutionskorps zugeführt zu werden. Ferner hat eine Kompagnie des Ingenieurkorps gestern den Befehl erhalten, sich bereit zu machen, in den nächsten Tagen an die Elbe abzugehen. 11,000 Mann österreichischer Truppen aus Tyrol und Steyermark werden in den nächsten Tagen auf der Bahn von Kassel nach Harburg befördert werden, und zwar täglich mittelst Extrazugs etwa 1800 bis 2000 Mann.

Hamburg, 7. Jan. Der gestern Abend in Altona eingetroffene General v. Hake ließ heute genaue Untersuchungen anstellen, in welcher Art der Uebergang der demnächst in Harburg eintreffenden preußischen Truppen über die Elbe

am schnellsten zu bewerkstelligen sei. Da die Elbe mit Eis belegt ist, können Dampfer die Verbindung mit Harburg nicht mehr vermitteln und bleiben nur die mit vieler Mühe bei der strengen Kälte in Fahrt zu haltenden Dampffähren übrig, welche aber keineswegs zum Transport größerer Truppenkontingente ausreichen. v. Hake verlangt schleunigst mindestens 15,000 Mann Verstärkung, um die Dänen aus den 6 holsteinischen Dörfern mit Gewalt zu vertreiben. Für Angriff der Dannewerke wäre jetzt der geeignetste Zeitpunkt; sämmtliche Sümpfe sind praktikabel, und die Schlei fest gefroren.

Der Waarenverkehr Hamburgs mit Schleswig, bezw. Dänemark, ist jetzt durch die Zollverhältnisse unmöglich geworden. Von Hamburg oder Altona nach Schleswig bestimmte Waaren erlegen jetzt zuerst an der holsteinischen Grenze einen Zoll, und werden dann an der Eider nochmals besteuert. Eine Deputation von Hamburger Kaufleuten begab sich heute Vormittag zu den Bundeskommissären, um eine Ermäßigung der hohen Gebühren für Ertheilung eines Gewerbescheines für Holstein (80 Thlr. jährlich) zu erwirken. Vom Regierungsrath Nieper zum Zollkommissär Kirchhoff gewiesen, lehnte dieser die Befürwortung des Gesuches rund ab.

Altona, 4. Jan. (Sch. M.) Der Antrag Oesterreichs und Preußens auf Ausweisung des Herzogs hat unsern Bürgern die Ueberzeugung beigebracht, daß mit der seitherigen Proklamirung des Herzogs noch lange nicht Alles geschehen ist. Das hiesige Lokalkomitee hat darum den Landesausschuß aufgefordert, in allen Theilen des Landes an Einem Tage und zu derselben Stunde Volksversammlungen anzuberaumen, denselben gleichlautende Adressen an den Bund vorzulegen, dahin gehend, daß der Herzog unverzüglich vom Deutschen Bund anerkannt werde. — Alle hier aus Schleswig eintreffenden Berichte schildern den Geist der dortigen Truppen als einen für Christian IX. höchst gefährlichen. Nicht nur die holsteinischen und schleswig'schen, nein, auch die jütischen Soldaten sind nicht gewillt, für ihn und seine Dynastie zu kämpfen. Desertionen finden täglich statt, und die Jüten, die den Inseldänen feindlicher sind als den Schleswig-Holsteinern, befördern dieselben. Das heute hier verbreitete Gerücht, das bisher in Flensburg liegende, aus Holsteinern bestehende 17. Bataillon habe seinen Offizieren den Gehorsam versagt, und ihre dänischen Kameraden hätten sich geweigert, gegen sie von ihren Waffen Gebrauch zu machen, ist deßhalb nicht so unwahrscheinlich, wenn es auch noch der Bestätigung bedarf.

Altona, 6. Jan. (Sch. M.) Vom Gesetz- und Verordnungsblatt für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg ist das dritte Stück erschienen. Dasselbe enthält u. A. eine Bekanntmachung der Bundeskommissäre, betreffend das Kassenwesen im Herzogthum Holstein, wodurch die Bestimmung, daß die in den öffentlichen Kassen vorhandenen Gelder einstweilen nicht an die Zentralkasse nach Rendsburg abgeliefert werden sollen, wieder aufgehoben wird. Die Bestimmung war erlassen worden, als die Dänen noch Rendsburg besetzt hielten. Eine andere Bekanntmachung der Bundeskommissäre ist veranlaßt durch die in neuerer Zeit häufig vorgekommenen Störungen der Telegraphenanlagen und bringt eine am 12. Jan. 1854 erlassene Bestimmung, betreffend die Bestrafung der Vergehen gegen die Sicherheit des Betriebs der Staatstelegraphen, in Erinnerung. — In letzter Zeit sind aus dem Herzogthum Lauenburg verschiedene Deputationen hier eingetroffen, welche bei den Bundeskommissären Protest eingelegt haben gegen den berüchtigten Beschluß der lauenburgischen Ritter- und Landschaft, eine Huldigungsadresse an Christian IX. zu erlassen.

Kiel, 4. Jan. (Spen. Ztg.) Das Leben im Umkreis des Herzogs ist ein so einfaches, wie man es wohl an einem „Hofe" noch nicht gesehen hat. Das Bahnhofs-Hotel liegt am Eingange der Stadt mit der seitlichen Aussicht nach der Bucht. Im ersten Stockwerk wohnt der Herzog und theils neben ihm, theils gegenüber auf demselben Korridor seine Begleitung. Auf dem ersten Treppenabsatz steht ein Tisch mit einem Buch für Anmeldungen; der Korridor dient zugleich als Vorzimmer für das Dienerpersonal, das drei Mann zählt, von denen nur Einer eine sehr einfache Livree trägt, die beiden Andern, in schwarzen Fracks, Lohndiener zu sein scheinen. Diese besorgen die Anmeldungen. Etwa um 4 Uhr ist die Tafel, an der die Begleiter des Herzogs und einzelne eingeladene Herren speisen. Das Hotel hat der Herzog, wie ich glaube, seit er im Theater war, nicht wieder verlassen.

Kiel, 6. Jan. (Nat.-Ztg.) Heute empfing der Herzog Deputationen aus Norderdithmarschen, bestehend aus einem Landesvogt, einem Kirchspielvogt und zwei Vollmachten (Schulzen). Auch noch andere Deputirte ländlicher Distrikte wurden empfangen und der Herzog weiß sich Aller Herzen zu gewinnen, so daß man oft auf plattdeutsch sagen hört: „Den laht wi nich mehr rut!"

Aus Holstein, 7. Jan. (Allg. Ztg.) Es läßt sich nicht verkennen, daß die Stellung der mit Volk und Land unbekannten Bundeskommissäre eine äußerst schwierige ist, um so mehr, als es wenigstens bis jetzt an passenden Beamten fehlt, welche in unmittelbarer Beziehung zu ihnen stehen. Die bisherige Thätigkeit der Kommissäre hat sich darauf beschränkt, die verhaßtesten Beamten zu entsetzen und die lästigsten, durch die dänische Gewaltherrschaft aufgedrungenen Institute zu beseitigen. Daß dabei mit möglichster Schonung des Bestehenden verfahren wird, läßt sich bei dem blos provisorischen Charakter, den das Exekutionsverfahren an sich trägt, wohl entschuldigen. Mit besonderer Befriedigung hat das Land die Wiedereinführung des alten Courantgeldes begrüßt. — Der Sitz der Regierung wird in diesen Tagen nach Kiel in das Gebäude des früheren dänischen Generalkommando's verlegt. Es ist als ausgemacht zu betrachten, daß Etatsrath Henrici, Senator Thomsen und Obergerichtsrath Jensen Räthe der Regierung werden. Unwahrscheinlich ist, daß die bisherigen Räthe Schultze und v. Rumohr im Amte bleiben; die anstatt ihrer designirten Personen sind Hofrath Lessen (Inspektor der großh. oldenburgischen Fideikommißgüter) und Justizrath F. M. Wennecker (Amtsschreiber in Cismer). Die Namen dieser fünf Herren bürgen dafür, daß die neue Regierung in entschieden nationalem Sinn auf die Kommissäre einwirken wird. — Die Desertionen der unter das dänische Militär gesteckten Schleswig-Holsteiner dauern fort. Sehr bedauerlich ist das von dem Kommandeur der Exekutionskruppen, auf Grund des zwischen dem Deutschen Bund und Dänemark bestehenden Kartellvertrags erlassene Verbot, die Deserteure aufzunehmen. Dies gehört zu den Folgen der vom Bundestag beschlossenen „Exekution". Uebrigens ist das Verbot insofern beschränkt, als es sich nur auf Solche bezieht, welche in Uniform und mit Gepäck desertiren.

Aus dem Herzogthum Schleswig, 4. Jan. Die Dänen zittern vor der Möglichkeit, daß Deutschland sich aufraffen möchte. Wenn im jetzigen Augenblick Energie gezeigt würde, die deutschen Armeen brauchten gar nicht zu kämpfen, nur nach Jütland zu marschiren. Es ist Frostwetter eingetreten, wie man es 1850 vergeblich erflehte und wie es seit einer Reihe von Jahren nicht so hart gewesen ist, und dadurch ist die „Dannewirkestellung" nicht nur unhaltbar geworden, sondern vollkommen nutzlos und unbrauchbar, denn sie kann östlich wie westlich umgangen werden. Außerdem ist die Stimmung der dänischen Armee sehr schlecht und die Disziplin gänzlich aufgelöst. Deutschland aber kommt entweder nie oder zu spät. — Das dänische Beamtenthum aller Kategorien ist fertig zur Reise in die Heimath. Geistliche sprechen auf der Kanzel davon, natürlich mit der Drohung der Rückkehr, wenn erst die gerechte Sache Dänemarks gesiegt habe. Einige drohen sogar mit schrecklicher Rache, wenn man sie auf der Flucht insultiren wolle.

Schleswig, 6. Jan. (Hamb. N.) Der Druck, der auf unserm Lande lastet, mehrt sich von Tag zu Tag. Nicht nur daß wir durch die Lieferungen, die man von uns verlangt, obgleich man weiß, daß die Leistung unmöglich ist, ausgesogen werden sollen, wie vielleicht nie ein Land, — nein, man legt die Geschäfte lahm und unterbindet die Pulsadern des Verkehrs. In diesen Tagen beginnt der Umschlag in Kiel, eine Art Gutsbesitzer-Messe oder -Börse, wo Zinsen gezahlt, Kapitalien aufgenommen und zurückgezahlt werden. Kiel ist dann auch der Sammelplatz aller Advokaten und Notare des Landes. Doch ein Reskript der Regierung in Kopenhagen verbietet jetzt dem Landgerichtsnotar Wolfhagen in Flensburg, bestallt für das Hypothekenwesen der adeligen Güter in Schleswig, die Reise nach Kiel!

Berlin, 6. Jan. Man schreibt der „Allg. Ztg.": Die Aeußerungen, welche Hr. v. Bismarck vorgestern in der Anleihekommission des Abgeordnetenhauses gemacht hat, stehen vollkommen mit den Drohungen im Einklang, die am Tage vorher von ihm gegenüber einem der mittelstaatlichen Gesandten ausgestoßen worden sind. Denn wenn der preußische Minister erklärt: daß Preußen sich nicht majorisiren lassen könne, so heißt das nichts Anderes, als daß Preußen sich einem legalen Bundesbeschluß widersetzen werde. Ein solcher Widerstand muß aber nothwendig zu einer Sprengung des Bundes führen, da dieser nur in der strengen Beobachtung seiner Grundgesetze einen Halt hat. Wie die preußische Regierung ein solches Verfahren vor Gott und der Welt würde rechtfertigen können, nachdem sie erst im August v. J. feierlich erklärt hat, daß die Ehre und die Interessen Preußens ein Festhalten an der bestehenden Bundesverfassung forderten, ist allerdings schwer zu errathen. Hoffentlich aber wird diese Drohung nicht zur That werden, da eine Sprengung des Bundes für Preußen selbst die bedenklichsten Folgen nach sich ziehen müßte. Zu den Mittel- und Kleinstaaten hegen wir übrigens das Vertrauen, daß sie in keiner Weise sich in der Vertheidigung deutscher Ehre und deutschen Rechts werden terrorisiren lassen, und von diesem Vertrauen getragen, sehen wir mit Ruhe der weitern Entwicklung der Dinge entgegen. Will Preußen nun einmal in der schleswig-holsteinischen Frage keine deutsche, sondern eine sogenannte europäische Politik treiben, so tritt an die übrigen Staaten mit gebieterischer Nothwendigkeit die Forderung heran, sich ihrerseits zum Wächter der Interessen des Vaterlandes aufzuwerfen. Dann werden die frechen Reden unserer feudalen Presse Lügen gestraft werden, und es wird sich zeigen, daß die „popularitätssüchtigen Herren" nicht bloß „wohlfeile Reden" zu führen verstehen, sondern daß sich auch ein Herz für das Vaterland haben.

Berlin, 7. Jan. Man schreibt der „Köln. Ztg.": Die neueste Entschuldigung des Wiener Kabinets, aus welchem Grunde es nicht vom Londoner Protokoll zurücktreten könne, ist, wie versichert wird, die Besorgniß, daß Frankreich sich alsdann mit demselben Recht von dem Züricher Vertrage, noch mehr als schon geschehen sei, degagirt erachten werde. Alle Berichte stimmen darin überein, daß Oesterreich die italienische Gefahr sehr ernsthaft behandelt oder dies doch vorgibt.

Die Anleihekommission des Hauses der Abgeordneten hielt heute abermals Sitzung. Der Minister des Auswärtigen war nicht anwesend und auch nicht vertreten; der Finanzminister war persönlich anwesend und hatte außerdem einen Kommissär bei sich; das Kriegs- und Marineministerium war durch die Kommissarien vertreten. Die Diskussion betraf die finanziellen Einzelheiten, welche natürlich an Interesse hinter dem politischen Kern der Sache zurückstehen, und dieser politische Kern ist mit den Erklärungen des auswärtigen Ministers von neulich erschöpft. Seitens der Regierung werden über die finanzielle Seite der Sache nähere Mittheilungen gemacht, wonach für die Kriegsbereitschaft der Marine an einmaligen Kosten erforderlich sind über 2 Millionen (darunter für Panzerschiffe 1,700,000 Thlr.), und an monatlichen Kosten Hundert und einige Tausend Thlr., für das mobil gemachte Armeekorps an einmaligen Kosten etwa $2\frac{1}{2}$ Millionen, und an monatlichen Mehrkosten 880,000 Thlr. Die Verhandlungen der Kommission bestanden größtentheils aus einer Kritik der einzelnen Positionen, aus denen sich die eben angegebenen Summen zusammensetzen; die Ansätze wurden vielfach bemängelt und schienen nach keiner Seite genügend zu einem Anhalt für die geforderte Bewilligung. Einig ist die Kommission nach wie vor darin, eine Anleihe nicht zu bewilligen. Im Uebrigen gehen die Ansichten noch vielfach auseinander. Am Schluß der heutigen Sitzung lagen sechs verschiedene Anträge vor: auf einfache Ablehnung der ganzen Vorlage, auf motivirte Ablehnung, auf Bewilligung der Matrikularbeiträge, auf Bewilligung eines Pauschquantums, auf Bewilligung der für die Bundesexekution, die Küstenvertheidigung und die Panzerschiffe erforderlichen Mittel; die letzten drei Anträge wollen die Mittel auf bereite Fonds anweisen; der sechste Antrag ist ein auf Entlassung der einberufenen Landwehrmänner gerichtetes Amendement.

Die nächste Sitzung der Kommission wird übermorgen stattfinden. Die Berathung im Plenum wird daher nicht vor Ende nächster Woche, wahrscheinlich erst zu Anfang der zweitnächsten Woche stattfinden. Die Vorlage der Regierung datirt vom 8. Dezbr. Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Artikels 99 der Verfassung hält heute Abend ihre erste Sitzung; die betreffende Vorlage datirt vom 17. Dezbr.

◇ **Berlin,** 8. Jan. In der gestrigen Sitzung der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung gab der Vorsitzende eine Uebersicht über die Thätigkeit der Versammlung während des vergangenen Jahres. Sodann legte derselbe mit einer Ansprache sein Amt nieder. Es erfolgte nunmehr die Wahl des Vorstandes für das laufende Jahr. Mit großer Mehrheit wurde Hr. Kochhann wieder zum Vorsitzenden gewählt. Von 82 Stimmen erhielt derselbe 66, während 13 Stimmen auf den ehemaligen Vorsitzenden, Hrn. Lüttig, fielen. Hr. Kochhann nahm das von neuem ihm übertragene Amt an und hob in seiner Dankrede namentlich hervor, wie es bei dem Ernst der jetzigen Lage darauf ankomme, vor Allem am Recht und am Gesetz festzuhalten. Bei der nun folgenden Wahl eines Stellvertreters für den Vorsitzenden vereinigten sich von 82 Stimmen deren 72 auf den Buchhändler Dr. Veit. Auch dieser erklärte sich mit Dankesworten zur Uebernahme des Amtes bereit. — Gestern begann vor dem hiesigen Schwurgericht die abermalige Verhandlung der umfassenden Untersuchungssache gegen die Wittwe Maeder. Das frühere verurtheilende Erkenntniß ist eines Formfehlers wegen vernichtet worden. Bekanntlich handelt es sich in diesem Prozeß um Anklagen wegen Brandstiftung, sowie wegen Betrugs und wegen Meineids. In Betreff der früher noch damit verbundenen Anklage wegen Urkundenfälschung war Freisprechung erfolgt. Dieser Punkt ist von der jetzigen Verhandlung ausgeschlossen. — Wie verlautet, wird das in Cleve garnisonirende westphälische Jägerbataillon Nr. 7 demnächst nach Genthin verlegt werden. Bekanntlich gehört dieses Bataillon zum 7. Armeekorps. Seine Verlegung nach der Elbe steht mit der Konzentrirung der 13. Division in der Priegnitz in Zusammenhang. Dem Vernehmen nach ist neuerdings mehreren Füsilierregimentern der Befehl zugegangen, sich zum Abmarsch nach der untern Elbe in Bereitschaft zu setzen. — Der bisherige Kommandeur der 3. Garde-Infanteriebrigade, Generalmajor v. Frobel, hat aus Rücksicht auf seinen leidenden Gesundheitszustand den nachgesuchten Abschied erhalten, und der bisherige Kommandeur der 16. Infanteriebrigade, Generalmajor v. d. Goltz, ist zum Kommandeur der 3. Garde-Infanteriebrigade ernannt worden.

Berlin, 8. Jan. Die ministerielle „Nordd. Allg. Ztg." hört, Preußen und Oesterreich werden an die Staaten, welche dem, den Aufenthalt des „Erbprinzen von Augustenburg" in Holstein betreffenden österreichischen Antrag am Bunde nicht beistimmten, identische Noten erlassen, um die Politik der in der Minorität gebliebenen Regierungen zu motiviren und zu erklären, daß sie sich weitere Entschließungen vorbehalten. Dadurch werde die vollständige Uebereinstimmung der Regierungen von Oesterreich und Preußen bezüglich der in der schleswig-holsteinischen Frage einzunehmenden Haltung auf's neue bestätigt.

* **Wien,** 7. Jan. Die „Generalkorresp." erklärt die Nachricht eines Wiener Blattes für unbegründet, wonach Preußen beabsichtigt hätte, von dem mit Oesterreich gemeinsam am Bunde eingebrachten Antrag auf Besetzung Schleswigs zurückzutreten.

Während das „Frankfurt. Journ." bereits den wesentlichen Inhalt der preußisch-österreichischen identischen Note, die Unterdrückung des Frankfurter Zentralausschusses nebst andern Zuthaten verwandten Geistes betreffend, mittheilt (das genannte Frankfurter Blatt scheint die Quelle des dem „Schwäb. Merk." gestern entnommenen betreffenden Telegramms zu sein), erwartet die „Ostdeutsche Post" heute immer noch eine Widerlegung der bezüglichen Zeitungsgerüchte. Sie sagt:

Die Agitation in Deutschland, die Thätigkeit des Frankfurter Ausschusses zur Durchsetzung der Augustenburgischen Herrschaft mögen Preußen und Oesterreich unbequem sein, aber dies sind Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben; müssen sie mit den andern sich abfinden, so können sie es auch mit diesen, ohne mit reaktionären Knüppeln dreinzuschlagen. Die Geschäftigkeit des Hrn. v. Beust, die Gutachten des Hrn. v. d. Pfordten, die Politik des Herzogs von Koburg, die Erklärungen des Königs von Bayern sind wahrlich ganz andere und wichtigere Faktoren, als die Thätigkeit des Frankfurter Ausschusses. Oesterreich vor Allem hat Ursache, seine Hände von einer Reaktionspolitik in Deutschland rein zu halten. Denn wenn es glaubt, daß es heute zu Zweien auf dem Brette sitzt, auf welchem es sich mit Preußen schaukelt, so vergesse es nicht, daß morgen sein Partner Bismarck vom Brette herabgeschleudert werden kann und Oesterreich dann auf der andern Ecke allein sitzen bleibt und mit seinem ganzen Ansehen niederstürzt! Hat uns erst die Reaktion bei einem Haar, so hat sie uns ganz und gar!

Wien, 7. Jan. (Fr. P.-Ztg.) Gutem Vernehmen nach läuft neben den schon bekannten, von jenseits des Kanals kommenden Pressionsmitteln in dem deutsch-dänischen

Konflikt noch eine besondere Kundgebung Englands her, in welcher die drei Königreiche Bayern, Württemberg und Sachsen für die Folgen der von ihnen eingeschlagenen Richtung auf das nachdrücklichste gewissermaßen persönlich verantwortlich gemacht werden.

Nach einer heute Mittag eingelangten telegraphischen Depesche hat der Staatsminister Hr. v. Schmerling auf der jetzt wieder frei gewordenen Eisenbahn heute Morgen den Schnellzug bestiegen, und wird also heute Abend hier eintreffen.

Frankreich.

Paris, 7. Jan. Man schreibt der „Köln. Ztg.": Es ist bemerkenswerth, daß Hr. Salignac-Fénélon, der französische Gesandte in Frankfurt a. M., eine Depesche hieher gesandt hat, nach welcher die Mehrzahl der Mitglieder des Bundestags fest entschlossen sei, sich der Theilnahme der von England so sonderbar „angedrohten" Konferenz durchaus zu enthalten. Mit Bezug hierauf gab es in Gegenwart des Kaisers am letzten Montag nach einer Ministerkonferenz einen ziemlich lebhaften Meinungsaustausch zwischen Drouyn de Lhuys und General Fleury, der beinahe den Rücktritt des Erstern zur Folge hatte. Fleury behauptete, in Folge seiner Instruktionen dem König Christian von Dänemark die Theilnahme Frankreichs an dem damals eben von England angeregten Kongreß versprochen zu haben und die jetzige Haltung Frankreichs Lügen gestraft zu sehen. Drouyn de Lhuys dagegen behauptete, daß dies dem König Christian nur unter der Bedingung in Aussicht gestellt worden sei, daß er die Verfassung vom 18. November zurückziehe. Da aber der König sein in dieser Beziehung gegebenes Wort nicht gehalten, sei auch Frankreich der hierauf bezüglichen Verpflichtungen ledig und könne handeln, wie es ihm beliebe. Der Kaiser, erzählt man, sei dann begütigend eingeschritten, und so sei man endlich dahin übereingekommen, den englischen Vorschlag prinzipiell nicht abzuweisen, die Theilnahme an den eventuellen Berathungen von der Theilnahme aller dabei betheiligten Mächte abhängig zu machen. Dies geschah, nachdem man die oben erwähnte Depesche aus Frankfurt erhalten.

Der „Kreuzztg." wird aus Paris gemeldet, daß auf eine Anfrage Frankreichs in Wien wegen des englischen Konferenzvorschlages (zur Regelung des dänisch-deutschen Streites) eine Depesche des Grafen Rechberg an den Fürsten Metternich eingelaufen sei, welche dahin geht, daß Oesterreich gegen die Konferenz nichts einzuwenden finde, daß es zunächst an der Londoner Abmachung festhalten, ein Gleiches aber auch von Dänemark verlangen müsse.

♁ **Paris**, 8. Jan. Der „Constitutionnel" kommt heute nochmals auf die von England beantragten Spezialkonferenzen wegen der Herzogthümer zurück, um deren praktische Unausführbarkeit zu beweisen. „... Wir — sagt Hr. Paulin Limayrac — sehen die Sachen wie sie sind. Nicht um dem englischen Projekte Schwierigkeiten zu bereiten, halten wir Illusionen fern, die nicht ohne Gefahr sind, sondern damit man sich nicht täusche, nicht irre leiten lasse, nicht allzu sehr Vertrauen hege, wo so große Ungewißheit herrscht." Diese Sprache des offiziösen Blattes zeigt, daß das gestern verbreitete Gerücht, die französische Regierung sei geneigt, dem englischen Konferenzprojekte beizutreten, mindestens verfrüht war.

Die Untersuchung in der Komplott-Angelegenheit ist dem Untersuchungsrichter Daniel anvertraut. Heute begab er sich, nebst dem kaiserl. Prokurator und einem Dollmetscher zu den in Mazas befindlichen 4 Gefangenen, die sich unter den offenbar falschen Namen: Maspoli, Greco, Imperatori und Trabucco verstecken. Auch Major Caimi ist noch verhaftet. — Wegen des Unfalls auf der Nordbahn ist gleichfalls eine Untersuchung eingeleitet, welche die Verhaftung des Bahnhof-Inspektors v. Pierrefitte, eines Polen Namens Dombrowski und des Lokomotivführers nach sich zog. Was die Opfer dieses Unfalls betrifft, so wurden 5 Todte, davon 3 vollständig verkohlt, aus den Wagentrümmern gezogen; 7 sind schwer verwundet, und 30 mehr oder minder verletzt. — Bekanntlich begaben sich die anamitischen Gesandten von Paris nach Madrid und schifften sich dann in einem spanischen Hafen an Bord des „Terceira" nach Alexandrien ein. Seit der Abfahrt dieses Fahrzeuges in den ersten Tagen des Dezembers aber bis heute hat man von diesem Schiffe, welches nicht in Alexandrien eintraf, nicht mehr sprechen hören. Nachforschungen sind angeordnet.

Man wollte heute wissen, daß der „Moniteur" übermorgen, Sonntag, Tag und Bedingungen der Anleihensemission bringen werde. Die Gerüchte über diese Konditionen sind ganz widersprechend. Während man einerseits vom Kurse von 65.50 spricht, will man anderseits wissen, Hr. Fould wolle seine Anleihe nicht unter 67 machen und die Subskribenten durch die auf 25 Monate hinaus erstreckten Einzahlungen anlocken. Diese Kombination ist jedoch unwahrscheinlich. Die Börse kommt mittlerweile nicht aus der Stagnation heraus; geschäftslos wie gestern, war sie heute eine Nuance schwächer. Rente bleibt 66.70 und 66.45 comptant. Cred. Mob., welcher seine Generalversammlung für den 23. April anzeigt, 1022. Ital. Anl. unverändert 69.25.

Dänemark.

Kopenhagen, 4. Jan. (Nat.-Ztg.) Das Gros der dänischen Armee steht jetzt im südlichen Theile des Herzogthums Schleswig an der Dannevirke und auf der Strecke von da bis Friedrichstadt. Auf Seeland befindet sich eine verhältnißmäßig kleine Truppenmacht, großentheils (mit Ausnahme der Offiziere) geborene Holsteiner; Jütland ist von Truppen fast ganz entblößt und auch der nördliche Theil Schleswigs ist nur schwach besetzt. Die dänische Flotte aber, der ohnehin von Sachkennern, sowohl was ihr Material als auch ihre Bemannung und namentlich ihre Leitung betrifft, keine große Bedeutung beigelegt wird, ist jetzt durch den eingetretenen Frost zur Unthätigkeit verurtheilt.

Trotz aller Noten, welche Lord Russell nach Frankfurt, Berlin und Wien richtet, traut man doch hier dem englischen Kabinet keine wahre Sympathie für Dänemark zu, und glaubt insbesondere nicht, daß es ohne die Zustimmung des Parlaments, das sich frühestens in 4 Wochen versammelt, Dänemark Beistand leisten werde. Pessimistische Stimmen äußern sich sogar dahin, daß England, wie im Anfange dieses Jahrhunderts, so auch jetzt wieder die dänische Flotte entführen könne. Am meisten hängt wohl davon ab, welche Stellung der König, der den Gedanken an die Zurücknahme des dänisch-schleswig'schen Grundgesetzes vom 18. Nov., zu welcher sich auch Monrad niemals hergeben würde, jetzt ganz aufgegeben zu haben scheint, in der nächsten Zeit der öffentlichen Meinung in Dänemark gegenüber einnehmen wird. Fügt er sich derselben nicht, so können alle Rathschläge der nichtdeutschen und alle zu seinen Gunsten angesponnenen Operationen der beiden deutschen Großmächte seinen Thron nicht befestigen.

Kopenhagen, 7. Jan. (W. T.-B.) Der Kammerherr v. Quaade ist ad interim in das Ministerium des Auswärtigen eingetreten. Hr. Ewers und Lord Wodehouse reisen heute ab. Der König wird auf nächsten Samstag hier erwartet.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 7. Jan. Es geht das Gerücht, der Zivilgouverneur Laszczyeski solle seines Postens enthoben und durch Roznow ersetzt werden. Die Kassen der Finanzkommission sind in die Zitadelle übertragen worden.

Baden.

Freiburg, 8. Jan. (Oberrh. Kur.) Gestern hatte der größere Schleswig-Holstein-Ausschuß Sitzung. Es wurde über die Thätigkeit des engern Komitee's, besonders aber über das Resultat der Sammlungen Bericht erstattet. Eingegangen sind als einmalige Beiträge gegen 3000 fl., und als monatliche Beiträge gegen 300 fl. Dieser Tage wird durch den Ausschuß eine populär gehaltene Broschüre über die schleswig-holsteinische Frage in einer großen Anzahl von Exemplaren ausgegeben werden. Endlich bemerken wir, daß auch hier ein Wehrverein, bestehend aus Akademikern und Turnern, in's Leben treten wird.

Vermischte Nachrichten.

— Stuttgart, 7. Jan. Die Kammer der Abgeordneten hat heute durch einstimmigen Beschluß dem Präsidenten der Kammer, Staatsrath Römer (Märzminister), eine jährliche Pension von 3000 fl. bewilligt.

— In Würzburg will der Schleswig-Holstein-Verein seine Gelder (5000 fl.) vorläufig gar nicht absenden.

— Düsseldorf, 6. Jan. (Düsseld. Ztg.) Wie wir aus guter Quelle vernehmen, ist die Verlobung des gegenwärtig hier weilenden Prinzen August von Schweden, Bruder des Königs und Herzogs von Dalekarlien (geb. 24. Aug. 1831), mit der Prinzessin Therese von Altenburg, Herzogin zu Sachsen (geb. 21. Dez. 1836), nunmehr offiziell. Die Prinzessin Therese ist eine Tochter des Prinzen Eduard von Altenburg (gest. 16. Mai 1852) und seiner am 14. Jan. 1841 verstorbenen ersten Gemahlin, Prinzessin Amalie, des verstorbenen Fürsten Karl Anton Friedrich zu Hohenzollern Tochter.

♁ Angeblich aus Mitteldeutschland, 6. Jan., wird der „Frkf. Pstztg." zur Aufklärung der Zurückhaltung von Seiten des Großherzogs von Oldenburg in der Augustenburgischen Erbfolge-Frage Folgendes geschrieben: „Im Besitze des Großherzogs von Oldenburg befinden sich unbekannte Papiere von sehr großer Bedeutung, welche, so viel uns wenigstens mitgetheilt wird, der ganzen Successionsfrage ein durchaus anderes Ansehen zu geben geeignet sind. Dieselben werden demnächst dem Bunde übergeben werden und verlangen jedenfalls eine eingehende Prüfung. Nicht weniger wichtig sollen die Aktenstücke sein, welche von Seiten Rußlands, des nach Aufhebung des Londoner Vertrags auch erberechtigten, eingebracht werden, so daß wohl noch nicht so bald über die Erbfolge-Frage dürfte entschieden werden können. Außerdem hören wir, daß Rußland beabsichtigt, sobald der Londoner Vertrag aufgehoben wird und damit der Statusquo vor demselben hergestellt, seine Rechte auf den Gottorpischen Antheil — Kiel — geltend zu machen, und darin von Frankreichs Kaiser unterstützt wird. Die oben erwähnten, im Besitz des Großherzogs von Oldenburg befindlichen Papiere endlich sollen sich nicht allein auf die Erbfolge in Holstein, sondern auf die Erbfolge in Dänemark überhaupt beziehen."

— Ueber die Reise des Herzogs Friedrich von Gotha nach Kiel wird der „Weserztg." berichtet, daß dieselbe bis zu seiner Ankunft in Glückstadt sehr geheim gehalten wurde, weil angenommen werden konnte, daß in der Nähe von Gotha sich Spione genug aufspielten, die jeden Schritt des Herzogs aufmerksam beobachteten. Um dieselben irre zuleiten, soll der Herzog unmittelbar vor seiner Abreise nach Frankfurt telegraphirt haben, er werde dorthin reisen. Derselbe ist darauf mit der thüringischen Eisenbahn nach Guntershausen gefahren, hat dort die Eisenbahn verlassen und sich mit Pferden nach Münden fahren lassen, von wo aus derselbe den Bahnzug nach Hamburg benützte. In Hamburg lag bereits ein von einem bekannten Hamburger Rheder (Ad. Godeffroy) gestelltes Dampfschiff bereit, das in kurzer Zeit die Ueberfahrt nach Glückstadt bewerkstelligte.

— Aus Rendsburg, 3. Jan., schreibt ein Augenzeuge, der einen Ausflug nach Schleswig und dem Dannewirk gemacht hat: „Beim Schlosse Gottorf vorbei, zur Rechten abgebogen, durch Feldein, dann wieder auf Feldwegen, über Hügel und wieder bergab — die Umgebung Schleswigs ist sehr hügelig und bildet mit Wald und Stadt und Schloß und der blanken eisbedeckten Schlei eine so schöne Winterlandschaft, wie man nur sehen kann — gelangte man die letzten Anhöhen hinauf, auf deren Kamm sich das berühmte Dannewirk befindet. Von der Höhe übersieht man die Ebene nach Süden bis zur Eider. Die Werke bestehen, so viel wir ohne gar zu verdächtige Neugierde gewahr werden konnten, aus etwa 15 Batterien, von denen zwei, welche die Straße und die Eisenbahn beherrschen, mit 84 Pfündern armirt sind; außerdem zählten wir fünf geschlossene Schanzen mit 12-Pfündern besetzt; der Rest der Bewaffnung besteht aus 8- und 6-Pfündern, und nur theilweise aus gezogenen Geschützen. Die neuesten Werke waren theilweise verpallisadirt. Offenbar hatte der Frost die Arbeiten unterbrochen und einige angedeutete Werke werden bei Fortdauer desselben schwerlich zur Ausführung kommen. Die Gräben der geschlossenen Werke waren nur erst nach dem Glacis zu mit Pallisaden versehen, die aber so horizontal gestellt sind, daß sie kein ernstliches Hinderniß für den Angreifer bieten. Die Weitläufigkeit der ganzen Stellung ist bekannt und ebenso die Unmöglichkeit für die Dänen, mehr als 25.000 zuverlässige Truppen in Aktion zu bringen. Während wir die lange Reihe der Verschanzungen entlang gingen, zum Theil auf dem Wallgange, um den Blick auf die südliche Ebene zu behalten, zum Theil auf dem bedeckten Wege — ohne die geringste Störung von Seiten irgend eines Postens — waren die zur Revue bestimmten Truppen allmälig in Stellung gelangt und nun ist es erst deutlich, wie wenig die dänische Armee zur Ausfüllung derselben genügt. Die 10.000 Mann verloren sich vollkommen. Rechnen die Dänen noch auf schwedische, englische, oder französische Hilfstruppen? Daß sie darauf gerechnet haben, ist unzweifelhaft, sonst wäre die ganze Anlage verfehlt. Um 12 Uhr gewahrten wir, wie auf der rechten Flanke zwischen der 13. und 15. Schanze die Kavallerie Aufstellung nahm. Wir zählten fünf Regimenter, konnten jedoch bei der Entfernung ihre Stärke nicht abschätzen. Wir sahen einen zahlreichen Stab vor der Fronte des ersten Regiments halten, nach kurzer Frist durch die Reihen reiten, und dann auf die uns nächstliegende Schanze Nr. 13 zureiten. Nun faßten wir an der Straße Posten und warteten die Ankunft der heranspringenden Reitschar ab. Im Nu war sie vorbei, und doch hatten wir das Wichtigste gesehen. Der König Christian voran, bequem und sicher auf dem Pferde sitzend, eine gewöhnliche Offiziersmütze auf dem Kopf, in dunkelblauem engem Mantel und hellblauen Pantalon, von auffallend jugendlichem Aussehen, ein Oberleutnantsgesicht mit kleinem Schnurr- und Backenbart von dunkler Farbe. Links neben ihm ritt der dänische Obergeneral de Meza, ein bejahrter, etwas dicker Mann, mit einer mosaischen Nase, aber sehr klugen Augen; rechts folgte der Kronprinz, ein junger, nett aussehender Mensch, etwas grün, aber von guter Haltung. Der Stab des Gefolges bestand aus etwa 16 Offizieren aller Waffengattungen. Bei der Schanze Nr. 12 angekommen, stieg der König ab, ging hinein, und bald hörte man das Hurrah der innern Besatzung. Gleich darauf war Alles wieder zu Pferde und sprengte einem von Hecken umschlossenen Felde zu, wo zwei Regimenter Infanterie mit zwei Batterien aufgestellt waren. Wir hatten Mühe, zeitig genug heranzukommen, um noch die letzten Worte einer kurzen Anrede des Königs zu hören. Die Truppen riefen dreimal Hurrah; der König reichte den Regimentskommandeuren die Hand und setzte sogleich seinen Ritt fort."

— Es ist eine bemerkenswerthe Erscheinung, daß Oesterreich es durch seine schleswig-holsteinische Politik mit einem großen Theil seiner enragirtesten Freunde in Deutschland — wir meinen nicht nur die Großdeutschen überhaupt, sondern speziell die Ultramontanen — auf's gründlichste verdorben hat. Zu den Blättern, die früher österreichischer waren, als die österreichische Regierung, gehört in erster Reihe der „Münchener Volksbote", dessen Redakteur bekanntlich im Jahr 1859 wegen seines Wirkens für Oesterreich den Franz-Josephs-Orden erhalten hat. Zur Kennzeichnung seiner heutigen Gesinnung theilen wir folgende Auslassung desselben als Sprachprobe mit:

„Darüber hat die ganze Zeit her kein Zweifel sein können, daß die Rechbergische Politik eine Politik der Furcht ist. Ob Oesterreich schließlich durch seine klägliche Haltung Dem entgehen wird, was es fürchtet, oder ob nicht gerade diese Furchtpolitik seine Gegner erst recht ermuthigen wird, während seine bisherigen Freunde ihm darob den Rücken kehren, Das ist freilich eine andere Frage. Indessen hat kaum irgend Etwas den Widerwillen und in der That den Ekel so sehr erregen müssen, wie der Artikel der offiziösen Wiener „Generalkorrespondenz", der geradezu als mehr denn einer deutschen Großmacht unwürdig bezeichnet werden muß. Die Furcht vor dem baumwollenen England, welche darin zur Schau gestellt wird, ist fast noch das Wenigste; aber wahrhaft entrüstend ist es, wie eine offiziöse österreichische Feder dort die englischen Interessen in dem deutsch-dänischen Streit herausstreicht, während sie für die deutschen Interessen keinen Tropfen staatskanzleilicher Tinte aufzubringen weiß. Da wird man wörtlich belehrt, daß es sich um „die Wahrung von Englands Interessen in zwei Meeren (mit gespertter Schrift gedruckt!) handle, von denen die Nordsee bis jetzt unbestritten dem vorherrschenden Einfluß Englands unterstehe, den Einfluß, den zu behaupten eine Lebensfrage für England sei, während die Ostsee kaum eine geringere Wichtigkeit für Englands Weltstellung habe". Man sollte hiernach beinahe meinen, England habe den Grafen Rechberg zum Advokaten seiner Interessen beim Deutschen Bund engagirt: denn wo es sich um die deutschen Interessen handelt, da weiß die nämliche offiziöse „Generalkorrespondenz" nur von „Schwierigkeiten", „Gefahren", von „Beurtheilung der europäischen Lage von einem höhern Standpunkt!" Daß dieser „höhere Standpunkt" der der Furcht ist, braucht nicht wiederholt zu werden. Aber wenn Oesterreich für Venedig fürchtet, wegen Ungarns und Galiziens fürchtet, wird der Grund dieser verschiedenen Furchtsamkeiten etwa dadurch beseitigt, daß man Deutschlands Recht und Ehre in den Herzogthümern England zu Gefallen preisgibt? Glaubt man in Wien, England werde im Fall eines Angriffs auf Venedig und auf Südtyrol auch nur ein Korn Pulver verbrennen? oder für das Erbrecht des Kaisers auf Ungarn mehr als höchstens ein paar Bogen Notenpapier drauf setzen, weil das Wiener Kabinet das Erbrecht des Herzogs Friedrich preisgibt? Oder sind die baumwollenen Sympathien Englands für Oesterreich wirklich so viel werth, daß es dafür sich all' und jeder Sympathien Deutschlands beraubt und der deutschen Nation den thatsächlichen Beweis liefert, wessen sie sich von ihrer „ersten Großmacht" zu versehen habe? Aber während die Großmächtlichkeit solcher Weise ihre Furcht vor dem Ausland öffentlich zur Schau stellt, zeigt sie gar große Kurasch den deutschen Mittel- und Kleinstaaten gegenüber und sucht diese mit Noten und wer weiß was für Dokumenten zu jagen. Um so mehr haben eben die Mittel- und Kleinstaaten vollste Ursache, mit ganzer Entschiedenheit aufzutreten: denn wenn sie der furchtzitterlichen Großmächtigkeit gegenüber Dies für Deutschlands Recht und Ehre nicht thäten, so wäre ihre ganze Stellung eine verlorene."

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

8. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28" 1,00'''	9,5	N.O.	rein	heiter, kalt.
Mittags 2 „	„ 0,62'''	2,0		schw. bew.	„
Nachts 9 „	„ 0,40'''	5,0		„	sternhll. kalt.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 10. Jan. 1. Quartal. 6. Abonnementsvorstellung. **Tell**; große Oper in 4 Akten, mit Tanz. Musik von Rossini.

Z.d.398. Karlsruhe.

Fortwährende Kunstausstellung

des Kunstvereins für das Großherzogthum Baden in Karlsruhe im Porphyrsäulensaal des Großherzoglichen botanischen Gartens.

Eröffnet den 10. Januar 1864.

Mit dem freudigsten und ehrfurchtsvollsten Dankgefühl theilen wir mit, daß

Seine Königliche Hoheit der Großherzog,

unser erhabener Protektor,

allergnädigst geruht haben, den Porphyrsäulensaal zwischen den Gewächshäusern des großherzoglichen botanischen Gartens dem Kunstverein zur Ausstellung seiner bleibenden Sammlung und der in Verbindung mit dem Kunstverein in Baden-Baden in die fortwährende Ausstellung kommenden Kunstwerke huldvollst zu überlassen.

Zugang.

Der Zugang in den Phorphyrsäulensaal findet in den Zeiten, in welchen der großherzogliche botanische Garten geschlossen ist, durch den großherzoglichen Schloßgarten und die große Bogenhalle zwischen den Thürmen statt.

Ausstellungszeit.

Mit Ausnahme der höchsten Feiertage und der Samstage ist die Ausstellung geöffnet:

1) **Montags** und **Freitags** in denselben Stunden, in welchen der Zutritt in die Pflanzenhäuser des großherzoglichen botanischen Gartens gestattet ist;
2) **Sonntag** Vormittags von 11 bis 1 Uhr und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr;
3) **Dienstags, Mittwochs** und **Donnerstags** von 11 bis 1 Uhr.

Eintritt.

Freien Eintritt haben die Vereinsmitglieder und ihre nicht selbständigen Angehörigen. Ebenso die ausstellenden Künstler, welche sich als Mitglied der deutschen Kunstgenossenschaft ausweisen, und die Schüler der großherzoglichen Kunstschule gegen Vorzeigung ihrer Karte.

Nichtmitglieder haben jede Person 12 Kreuzer, jedoch diejenigen Herren, welche sich durch ihre Karte als Polytechniker ausweisen, jeder 6 Kreuzer Eintrittsgeld zu bezahlen.

Stöcke, Schirme ꝛc. sind beim Eintritt gegen eine Marke abzugeben.

Karlsruhe, den 7. Januar 1864.

Im Namen des Vorstandes des Kunstvereins für das Großherzogthum Baden.

Der Vereins-Präsident. **L. Kachel.** Der Vereins-Sekretär. **Schunggart.**

Z.d.399. Karlsruhe.

Wichtig für Magen- und Hämorrhoidalbeschwerden.

1/1 Flasche 1 fl. 15 kr.
1/2 „ — „ 42 „

1/4 Flasche 24 kr., Packung für auswärts billigst.

Dr. Andrejewsky's aromat. Kräuterbranntwein,

das bis jetzt bewährteste Linderungsmittel.

Zu haben in **Karlsruhe** bei **W. Grimm,** Langestraße Nr. 19 und 33,
in **Mannheim Jakob Uhl,** in **Pforzheim F. Meule,**
in **Baden S. Stricker,** in **Gernsbach C. Drißler Sohn.**

Z.c.271. Karlsruhe.

Northern

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in London.

Grund-Kapital: 24 Millionen Gulden,
Reserve-Fond: über 6 Millionen Gulden.

Diese Gesellschaft schließt auf alle Arten **Lebensversicherungen, Renten- und Aussteuer-Kapitalien Verträge** zu sehr billigen Prämien ab.

„Anträge, welche vor 31. Januar 1864 angebracht werden, genießen noch die volle Dividende des Jahres 1863"

Prospekte und Prämien-Tabellen werden unentgeldlich ausgegeben, sowie jede wünschenswerthe weitere Auskunft bereitwilligst ertheilt

von den Haupt-Agenten **Mathiß & Leipheimer** in **Karlsruhe.**

Z.c.335. Bremen. **Norddeutscher Lloyd.**

Direkte Post-Dampfschifffahrt zwischen Bremen und New-York,

Southampton anlaufend:

D. **Amerika,**	Capt. **H. Wessels,**	Sonnabend 16. Januar 1864,
D. **Bremen,**	Capt. **C. Meyer,**	Sonnabend 13. Februar 1864,
D. **Hansa,**	Capt. **H. J. v. Santen,**	Sonnabend 27. Februar 1864,
D. **Amerika,**	Capt. **H. Wessels,**	Sonnabend 12. März 1864,
D. **Bremen,**	Capt. **C. Meyer,**	Sonnabend 9. April 1864,
D. **Hansa,**	Capt. **H. J. v. Santen,**	Sonnabend 23. April 1864.

Passage-Preise: Erste Cajüte 150 Thaler, zweite Cajüte 100 Thaler, Zwischendeck 60 Thaler Courant, incl. Beköstigung. Kinder unter zehn Jahren auf allen Plätzen die Hälfte; Säuglinge 3 Thaler Courant.

Güterfracht: Bis auf Weiteres 2 Pfd. St. 10 Sh., resp. 3 Pfd. St. 10 Sh. mit 15 % Primage pr. 40 Cubikfuß Bremer Maße.

Nähere Auskunft ertheilen: in **Karlsruhe A. Bielefeld** (am Marktplatz), **Franz Perrin Sohn,** Hauptagent; in **Mannheim** die Herren **J. M. Bielefeld,** Generalagent (auch in **Kehl**), — **Conrad Herold,** — **Rabus & Stoll** (auch in **Kehl**) — **Walther Reinhard & Müller** — **Mich. Wirsching.**

Bremen, 1864. Die Direktion des Norddeutschen Lloyd.

Crüsemann, Direktor. **H. Peters,** Prokurant.

Z.c.65. **Constantin Württenberger,** Speditions-Geschäft, in **Bremen.**

Z.d.408. Karlsruhe.

Ch. Christofle und Comp. 6% Anlehen.

Die per 15. d. Mts. fälligen Coupons obengenannten Anlehens werden von heute an an unserer Kasse eingelöst.

Karlsruhe, den 10. Januar 1864.

G. Müller & Cons.

Offene Volontair-Stelle.

Z.d.394. In ein bedeutendes Tuchwaarengeschäft en gros und en detail der französischen Schweiz (Genf) wird ein junger Mann aus guter Familie als Volontair gesucht, der sofort oder längstens bis 1. Februar eintreten könnte. Anfangsgründe in der französischen Sprache wären erwünscht. Franko-Offerten besorgt die Expedition dieses Blattes.

Z.d.393. Rastt.

Kellnergesuch.

Ein junger Mensch wird als Kellner gesucht, und kann sogleich eintreten bei

G. Nusser zum Rheinischen Hof.

Z.c.202. Altona. Unterzeichnete empfehlen die so sehr beliebten

Deutschen Cocarden

mit dem Schleswig-Holsteinischen Wappen in Gold, Silber und Bronce,

als: **Broschen, Tuchnadeln** für patriotische Damen und Herren, auch liefern wir die Platten mit Wappen gestanzt für Gold und Silberarbeiter, Gürtler und Klempner. 20 % werden der Schleswig-Holsteinischen Invalidenstiftung überwiesen.

Briefe und Gelder erbitten franko.

Th. Lorenzen & Comp.

Altona. **Brunnenstraße 36.**

Z.d.405. **Stuttgart.**

Geschäftspacht-Gesuch.

Von einem tüchtigen Kaufmann wird ein kaufmännisches Geschäft zu pachten gesucht und sieht gef. Anträgen entgegen

G. Beißwenger, Königsstraße Nr. 49.

Z.d.390. Karlsruhe.

Cirque Hinné.

Möblirte heizbare Wohnungen in allen Größen werden für die Mitglieder des Cirque Hinné gesucht, ebenso Stallungen für Pferde. Inhaber solcher Lokalitäten werden höflichst ersucht, Adresse mit Angabe des Preises, schriftlich im Gasthofe zum Waldhorn beim Oberkellner Fritz gütigst abgeben zu lassen. **Ferdinand Peter,** Geschäftsführer des Cirque Hinné.

Z.d.392. **Lörrach. Geübte Posamenter und Winderinnen finden sofort dauernde Beschäftigung bei sehr gutem Lohne bei Bischoff und Söhne in Lörrach.**

Stelleantrag.

Z.d.369. Mit einer Kaution in baarer Einlage von 300 fl. findet ein junger Mann eine angenehme Stellung mit entsprechendem Salair. Anfragen beliebe man unter Chiffre A. B. 100 an die Expedition dieses Blattes zu senden.

Anerbieten.

Z.d.352. In ein lukratives Geschäft, welches sich einer vorzüglichen Frequenz erfreut, wird zur größern Ausdehnung ein Theilhaber mit thätigem Antheil am Geschäft oder eine Einlage von 800 fl. bis 1000 fl. unter ganz vortheilhaften Bedingungen gesucht. Gefällige Offerten beliebe man unter Chiffre P. Z. franko an die Expedition dieses Blattes einzusenden.

Z.c.745. Genf (Schweiz).

Lotterie-Anlehen

der

Gründung des Einzigen Maurer-Tempels in Genf (Schweiz).

Genehmigt durch den Staatsrath des Kantons.

Der Zivilverwaltungs-Ausschuß hat beschlossen, die noch übrigen **350,000** Loose vermittelst **7 Ziehungen mit je 50,000 Loosen** zu placiren.

In jeder der 6 ersten Ziehungen gibt es **140** Gewinne, worunter einer von Franken **5000** bis Franken **25 mindestens.**

In der 7ten und letzten Ziehung gibt es **142** Gewinne, darunter 1 von Franken **100,000,** 2 von **5000,** 1 von **2000** ꝛc. bis zu **25 Franken mindestens.**

Im Ganzen gibt es bei den 7 Ziehungen 982 Gewinne im Werth von **210,000** Franken und worunter einer von

Hundert Tausend Franken.

Die nächste Ziehung beginnt den 15. Januar 1864.

Ein Loos kostet . . **45** Kreuzer.
7 Loose kosten . . **5** Gulden.
15 „ „ . . **10** dto.

Diese Loose gelten für alle Ziehungen ohne weitere Nachzahlung.

Man kann somit bei diesen 7 Ziehungen gewinnen

130,000 Franken für 45 Kreuzer.

Näheres besagt der Plan.

NB. Alle Aufträge beliebe man unter Beifügung des Betrags in Banknoten oder andern Geldsorten in **rekommandirten Franko-Briefen** oder **Paqueten mit Werthangabe** zu senden an den **Directeur de l'Office International, rue Bonivard 6, in Genf,** das einzige mit dem Verkauf dieser Loose beauftragte Haus. Die Loose werden in rekommandirten Briefen und umgehend versandt.

Jedem, der mindestens 7 Loose nimmt, werden nach jeder Ziehung die Ziehungslisten franko zugesandt, andernfalls beliebe man 15 kr. beizufügen, wenn dieselben franko gewünscht werden.

Z.c.188. Karlsruhe.

Fahrnißversteigerung.

Nächsten Mittwoch den 13. d. M., Vormittags 9 Uhr, werden in der Stephanienstraße Nr. 11 dahier öffentlich versteigert:

Silber, Bücher, Bettung, Weißzeug, Schreinwerk und sonst verschiedener Hausrath.

Karlsruhe, den 8. Januar 1864.

Großh. bad. Stadtamtsrevisorat.
G. Gerhard.
vdt. Holz.

Z.d.379. König, im Großherzogthum Hessen.

Gutsverpachtung.

Mittwoch den 24. Februar d. J., Mittags 12 Uhr, soll das Gräflich Erbach-Schönbergische, unmittelbar an der Chaussee von Weinheim nach Fürth und Waldmichelbach, etwa 2½ Stunden von Weinheim an der Bergstraße gelegene Hofgut zu Großbreitenbach, eine Gutshofraithe, 230 Morgen 135 Klafter Ackerfeld und 37 Morgen 39 Klafter Wiesen enthaltend, von Michaeli 1864 an auf 18 Jahre, und zwar im Rettigschen Wirthshaus zu Schönberg bei Bensheim an der Bergstraße, öffentlich verpachtet werden. Die Pachtbedingungen liegen bei dem Gräflichen Rentamt zu Schönberg und bei der Gräflichen Rentkammer zu König im Odenwald offen. Wegen Besichtigung des Guts wollen sich die Pachtliebhaber an Schreinermeister Keil zu Großbreitenbach wenden.

König, den 4. Januar 1864.

Gräflich Erbach-Schönbergische Rentkammer.
Weyprecht.

Z.c.194. Nr. 293. Freiburg. (Aufforderung und Fahndung.) Michael Zoller von Neuershausen, Soldat im 1. großh. Füsilierbataillon, hat seinen Geburtsort unter Umständen verlassen, welche auf die Absicht der Desertion schließen lassen.

Derselbe wird aufgefordert, sich

binnen 6 Wochen

dahier oder bei seinem Kommando zur Verantwortung zu stellen, widrigenfalls ꝛc — vorbehaltlich persönlicher Bestrafung — wegen Desertion in eine Geldstrafe von 1200 fl., zum Verluste des Staats- und Ortsbürgerrechts und in die Kosten dieses Verfahrens verfällt werden würde.

Zugleich wird auf dessen Vermögen Beschlag gelegt.

Wir bitten um Fahndung auf Zoller und Einlieferung desselben hieher oder an das Kommando des 1. Füsilierbataillons.

Signalement: Größe, 5' 4"; Statur, stark; Gesichtsform, länglich; Gesichtsfarbe, gesund; Haare, blond; Stirne, hoch; Augenbrauen, blond; Augen, braun; Nase, groß; Mund, mittel; Bart, ohne; Kinn, spitz; Zähne, gut. Besondere Kennzeichen: keine.

Freiburg, den 5. Januar 1864.

Großh. bad. Landamt.
Hippmann.

Z.c.190. A.G.Nr. 368. Bruchsal. (Aufforderung und Fahndung.) Die Katharina Rutz von Effringen, königl. württemb. Oberamts Nagold, ist der Entwendung von vier Zehnguldenscheinen z. N. des Stephan Zöller in Untergrombach und zugleich des dritten Diebstahls angeschuldigt. Dieselbe wird aufgefordert, sich

binnen 3 Wochen

dahier zu stellen und wegen obigen Vergehens zu verantworten, indem andernfalls das Urtheil nach Lage der Akten erlassen werden würde. Zugleich ersucht man die betreffenden Behörden, auf die Katharina Rutz fahnden und sie im Falle der Betretung hieher einliefern zu lassen. Personalbeschreibung: Alter, 23 Jahre; Größe, 5' 4"; Statur, besetzt; Haare, braun; Stirne, nieder; Augenbrauen, braun; Augen, grau; Nase, groß; Mund, mittel; Kinn, rund; Gesicht, blaß; Gesichtsfarbe, blaß; Zähne, gut. Besondere Kennzeichen: keine.

Bruchsal, den 7. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Schütt.

Z.d.355. Thiengen. (Dekopistenstelle.) Bei diesseitiger Verrechnung ist die Dekopistenstelle mit einem Jahresgehalt von 300 fl. in Erledigung gekommen und soll sofort wieder besetzt werden.

Bewerber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse in Bälde melden.

Thiengen, den 6. Januar 1864.

Großh. Hauptsteueramt.

Frankfurt, 8. Jan. 1863.

Staatspapiere.

		per compt.			per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	5% Obligation.	101⅝ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	4% dto.	99½ P.
„	5% do. 1852 in Lst.	77⅝ P.	„	3½% dto.	94 P.
„	5% do. 1859 „ „	77 b.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101¼ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	90½ G.	„	4½% dto.	101½ P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	78 G.	„	4% dto.	98½ b.
„	5% Nat.-Anl. 1854	63½ b. G.	„	3½% dto.	92 P.
„	5% Met.-Obligat.	57¾ G.	Brschw.	3½% O. b. R. à 105	90⅞ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	58¼ G.	Erbg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. C.	91 P.
„	4½% Met.-Oblig.	52¼ G.	Frankf.	3½% Obligation.	97¼ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	103½ G.	„	3% dto.	90¾ P.
„	4½% do.	99½ G.	Rußl.	5% Obl. in L. à fl. 12	85¼ G.
„	4% do.	— —	Finnl.	4½% Obl. i. R. à 105	84⅞ P.
„	3½% Staatsch.	— —	Span.	3% inl. Schuld	50⅜ P.
Bayern	4½% 1jährig.	101¼ P.	„	2% Schuld	46 P.
„	4½% ½jährig	101⅛ G.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100¼ P.
„	4% 1jährig	99⅜ G.	Italien	5% Rente Fr. à 28.	— —
„	4% ½jährig	99½ G.	Schwd.	4½% Obligation.	94 G.
„	4% Ablös.-Rente	99¾ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	94½ G.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. Fr. à 28 k.	— —
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	104 G.	„	4½% Bern. St.-O.	101 P.
„	4% dto.	101¼ P.	„	4% dto.	—
„	3½% dto.	94¼ G.	„	5% Gf. St. O. Fr. à 20	96⅛ G.
Baden	4% Obligation.	100¼ P.	N.-Am	5% St. i. D. à fl. 2. 30	— —
„	3½% dto. v. 1842	92 G.	„	5% do. 1871 u. 74	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	133¼ P.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	49⅞ P.
5% Oesterr. Bank-Aktien	765 b.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB	50¾ P.
3% „ Cred. A. i. O. W.	175½ b.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	76½ b.
4% Bayr. Bank à fl. 500	— —	5% do. neueste Emiss. 6/7	— —
3% Darmst. B.-A. à fl. 250	210½ P.	5% BSS. W.-B. P. S. b. R. 6/7	80 G.
4% Weimar. Bank-Aktien	87 P.	1½% Hess. Ldwgsb.-Prior.	101½ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	92 P.	4% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	— —
4% Luxemb. Bank-Aktien	108 G.	5 „ „ 2. „ „ Obl.	76 P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	101¼ P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	320 G.	4% „ „ „	97¾ G.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	95¾ G.	4½% Rhein-Nahеb. Pr. O.	93½ P.
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	182 G.	4½% Frkft.-Han. Prior. O.	— —
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	112½ G.	5% Ital. R. 20% Enz. Fr. à 28	— —
Rhein-Nahe-Bahn	24 G.	4% Südd. Buk.-A. 30% Einz.	251½ P.
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	106 G.	Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	104¼ G.	4½% Bayer. Ostb. 30% „	108 b.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	108 b	3% Deutsch. Phönix 20% „	156 G.
4% Hess. Ludwigsbahn	122 G.	4% Frkf. Provident. 10% „	92½ P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	100½ G.

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	113 b.
„ 250 „ „ 1854	72⅜ G.
„ 100 „ Pr. L. 1858	132⅜ P.
„ 500 „ v. 1860 6/7	77¼ b.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9½ P.
Bad. 50-fl.-Loose	110 G.
„ 35- „ „	52¾ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	53½ P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	130¼ P.
„ 25 „ „ „	38½ G.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	38½ G.
Sard. 36 Fr. L. b. B.	58¼ P.
Mail. 45 Fr. L. b. R.	34¼ P.
3% L. A. d. St. Brüss.	95 P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35 P.
3% Bordeaux 100 Fr	88⅜ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11¾ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	99½ B.
Antwerpen	„	93 G.
Augsb. 24 fl. 100	„	99¾ G.
Berlin	„	105 B.
Bremen	„	36¼ B.
Brüssel	„	93 G.
Cöln	„	105 B.
Hamburg	„	88¼ G.
Leipzig	„	104¾ G.
London	„	117 G
Mailand. i. Fr. 200	„	92⅞ B.
München	„	99¾ G.
Paris	„	92¾ G.
Wien	„	86 G.
Disconto		4½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 39 -40
Preuß. Frd'or.	„	9 56½-57½
Holl. fl. 10 St.	„	9 44½-45½
Rand-Ducat.	„	5 32 -33
20-Frankenst.	„	9 19½-20½
Engl. Sover,	„	11 40 -44
Gold pr. Zpfd.	„	804 -9
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52 6 -36
Preuß. Cassch.	„	1 44⅞-45⅛
Doll. in Gold	„	2 25 -26

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.